



NEWSLETTER JUNI 2020
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Hejning Schmidt

Liebe Leserin, lieber Leser,

alles neu macht der Mai, heißt es. Manchmal wäre es mir in diesen Tagen lieber, es wäre wieder alles beim Alten.

Mit den ersten Lockerungen kehrt eine Art von Alltag wieder ein. Manchen gehen diese Lockerungen zu weit, anderen nicht weit genug - das macht deutlich, wie kompliziert jede einzelne Entscheidung ist. Viele haben die Zeit der strengeren Schutzmaßnahmen genutzt, lang geplante Projekte umzusetzen. Auch ich habe mich in jeder freien Minute um Haus und Garten gekümmert. Leider waren es nicht sehr viele. Denn auch in diesem Monat habe ich wieder zahlreiche Gespräche geführt und Termine gehabt - wenn auch viel online oder telefonisch abläuft. Wie stets geht es dabei mal um die „großen“ Räder, z.B. das Sozialschutzpaket II oder die Entsenderichtlinie, mit der eine EU-Regelung umgesetzt wird, und mal um die vermeintlich „kleinen“ Räder. Gerade die - nämlich konkrete Sorgen von Bürger*innen aus unserer Region, die mich um Unterstützung bitten - sind mir besonders wichtig.

Nicht selten münden solche Anliegen vor Ort in Vorhaben, für die ich in Berlin um Umsetzung werbe. Das ist gerade bei der Burg Rieneck der Fall. Es ist mir gelungen, sowohl die Bundes- als auch die Landesebene für die problematische Situation vieler gemeinnütziger Einrichtungen und insbesondere der Jugendherbergen zu sensibilisieren, die bislang durch Förderlöcher fallen. Ein anderes Beispiel sind Kultureinrichtungen, für deren Erhalt wir noch drauflegen müssen. Dafür setze ich mich in Berlin ein.

Ein frohes Pfingstfest wünscht Ihnen und Euch

Bernd Rützel

AUS DEM INHALT



S. 2: Klartext

„Fleisch ist ein Stück Lebenskraft“



S. 3: Grundrente

... trotz massiven Widerstands von CDU/CSU endlich im Parlament



S. 6: Online-Chat

... mit MdB Dr. Jens Zimmermann & mir zum Thema Homeoffice

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020



Foto: pixaba

KLARTEXT

„FLEISCH IST EIN STÜCK LEBENSKRAFT“

war ein Werbeslogan aus dem Jahr 1967. Der langsam steigende Wohlstand ermöglichte es, mehr und öfter Fleisch zu essen. Es geht heute nicht darum, das Schnitzel zu verbieten. Es geht aber schon darum, sich bewusst zu machen, wie die Tiere gehalten und geschlachtet werden. Es geht auch darum, wie es den Beschäftigten in dieser Branche geht und was eine Massentierhaltung mit unserer Umwelt anstellt. Wenn ich am Wochenende Werbebeilagen durchblättere, habe ich den Eindruck, dass Fleisch zur Ramschware wird. Das darf nicht sein. Deshalb ist es politisch geboten, endlich klare Regeln für die Fleischindustrie aufzustellen. Wir haben bereits 2017 das Gesetz zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie beschlossen. Aber das reicht alles noch nicht.

Werkverträge und Leiharbeit sind das Kernproblem in dieser Branche. 90 Prozent des ganzen Geschäftes wird durch Werkverträge erledigt. Durch sie wird das Arbeitszeitgesetz umgangen, Mieten von Werkswohnungen (Sammelunterkünfte) werden vom Lohn abgezogen, alle paar Monate werden die Mannschaften ausgetauscht, weil diese ausgelaugt sind. Wir werden dafür sorgen, dass die Kontrollen ausgeweitet werden und auch greifen können.

Ein Bekannter von mir ist Metzger. Er hat mir erzählt, dass 1970 ein Schwein 300 Mark gekostet hat. Heute beträgt der Preis 150 Euro. Daraus ist für jeden ersichtlich, dass der Bauer seit über 50 Jahren keinerlei Preissteigerungen erzielen konnte. Wir müssen alle stärken, die in der Lieferkette der Fleischbranche stehen, vom Bauern über den Schlachter bis zum Endverbraucher. Wenn das Schnitzel dann etwas mehr kostet ist das nicht schlimm, sondern nur gerecht. Qualität hat Ihren Preis.

Lassen Sie es sich schmecken.

WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



Sozialschutzpaket II:

Harte Verhandlungen bringen guten Kompromiss

Anfang Mai hat sich einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, dass die SPD in der Regierung ist. Wer von FDP und Grüne hätte in der Jamaika-Koalition so hart mit CDU/CSU verhandelt, damit ein guter Kompromiss für die vielen von der Corona-Krise gebeutelten Arbeitnehmer*innen heraus kommt! Wir haben das getan und ich bin stolz darauf, Teil dieser Verhandlungsgruppe gewesen zu sein.

Was wir in den Verhandlungen mit der Union erreicht haben:

>> Das Kurzarbeitergeld wird für alle, die zu mindestens 50% in Kurzarbeit sind, ab dem 4. Monat auf 70% (für Haushalte mit Kindern 77%) und ab dem 7. Monat auf 80% (mit Kindern 87%) erhöht.

>> Ab Mai dürfen Kurzarbeitende in allen Berufen bis zur Höhe des bisherigen Monatseinkommens in anderen Jobs hinzuverdienen.

>> Außerdem verlängern wir das Arbeitslosengeld, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde, um drei Monate.

Meine Rede hierzu am 14. Mai im Plenum des Deutschen Bundestages gibt es [hier](#) zu sehen.

>> Familien, die zusätzlich zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Kita- und Schulschließungen betroffen sind, leiden besonders unter den Folgen der Pandemie. Für ihre Kinder haben wir daher das kostenlose warme Mittagessen gesichert, das sie normalerweise in der Schule oder Kita erhalten.

>> Damit sie auch zu Hause nicht darauf verzichten müssen, können die Kommunen die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket so flexibel einsetzen, dass das kostenlose Essen den Kindern nach Hause oder zur Abholung an die Schule geliefert wird. Auch die Lieferkosten werden übernommen.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020



Foto: pixaba

FAKTEN STATT FAKE NEWS

Immunitätsausweis gestrichen

Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Infizierten und Nicht-Infizierten. Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass die von Jens Spahn vorgeschlagenen Regelungen zur Immunitätsdokumentation gestrichen werden. Den Immunitätsausweis wird es nicht geben.

Zwangsimpfung kommt nicht

Eine Zwangsimpfung gegen Corona war nie vorgesehen. Und sie kommt auch nicht.

BUNDESTAG BERÄT GRUNDRENTE

Der Gesetzentwurf zur Einführung der Grundrente hat endlich das Parlament erreicht. Das ist eine gute Nachricht für alle, die viele Jahre hart gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt, aber dabei wenig verdient haben. Rund 1,3 Millionen Rentner*innen werden von ihr profitieren. Wir haben uns gegen massiven Widerstand in der CDU/CSU durchgesetzt. Es ist ein Kompromiss, ja. Mehr war mit der Union nicht zu machen.

Für die SPD ist klar: Lebensleistung verdient Anerkennung. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeit sich lohnt – auch in der Rente. Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Koalitionsvertrag die Einführung der Grundrente durchgesetzt.

Konkret bedeutet das: Viele Arbeitnehmer*innen sowie Rentner*innen, die ein niedriges Einkommen hatten und davon Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung leisten, sollen einen Zuschlag auf ihre Rente erhalten. Davon profitieren vor allem viele Frauen.

Wer hat Anspruch auf Grundrente?

Die Grundrente soll erhalten, wer mindestens 33 Jahre lang Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt und im Schnitt ein Einkommen zwischen 30 und 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Erwerbstätigen hatte. Berücksichtigt werden Zeiten, in

denen Pflichtbeiträge aufgrund einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer selbständigen Tätigkeit gezahlt wurden. Auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege gehören dazu. Um die Grundrente in voller Höhe zu bekommen, müssen mindestens 35 Jahre lang Pflichtbeiträge gezahlt worden sein.

Wie hoch ist die Grundrente?

Die konkrete Höhe des Grundrentenzuschlags hängt von sogenannten Entgeltpunkten (EP) ab, die während des Versicherungslebens erworben wurden und aus denen sich der reguläre Rentenanspruch ergibt. Entsprechen diese Entgeltpunkte einem Einkommen zwischen 30 und 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes, werden sie hochgewertet. Aus diesem Zuschlag an Entgeltpunkten ergibt sich die Höhe der Grundrente, die zusätzlich zum regulären Rentenanspruch ausgezahlt wird. Dabei wird sichergestellt, dass die Gesamtrente aus den eigenen Beiträgen und dem Zuschlag an Entgeltpunkten umso höher ausfällt, je höher die eigene Beitragsleistung ist.

Lebensleistung statt Bedürftigkeit

Die Grundrente ist keine Sozialhilfeleistung. Im Gegenteil: Sie wird durch eigene Arbeitsleistung erworben. Wer die nötigen Zeiten erworben hat und die Voraus-

Die Grundrente kommt!



Für 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner



Ab 33 Jahren Arbeit, Pflege oder Kindererziehung



Ohne Bedürftigkeitsprüfung!



**Mit Einkommensfreibetrag:
1250€ (Singles) / 1950€ (Paare)**

SPD
Fraktion im
Bundestag

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020



Foto: pixaba



setzungen für einen Grundrentenanspruch erfüllt, bekommt sie – genauso wie die Rente – von der Deutschen Rentenversicherung ausgezahlt.

Die SPD-Fraktion hat deshalb Wert daraufgelegt, dass der Gesetzentwurf keine Bedürftigkeitsprüfung vorsieht. Niemand soll sein Haus verkaufen oder sein Sparbuch offenlegen müssen. Die Grundrente soll ohne Antrag automatisch ausgezahlt werden.

Angerechnet wird nur zusätzliches Einkommen (zum Beispiel eine Pension, Erträge betrieblicher oder privater Vorsorge oder Mieteinnahmen) oberhalb eines Freibetrages, der bei 1.250 Euro für Alleinstehende und 1.950 Euro für Paare liegt. Steuerfrei gestellte Anteile der Rente und des Versorgungsfreibetrags werden zu 60 % berücksichtigt. Erst ab einem Einkommen von 1.600 Euro (Alleinstehende) bzw. 2.300 Euro (Paare) wird das über diesen Betrag hinausgehende Einkommen vollständig auf die Grundrente angerechnet. Dies soll einfach und bürgerfreundlich über einen automatisierten Datenabgleich mit dem Finanzamt erfolgen. Weitere Freibeträge werden auch bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie beim Wohngeld eingeführt.

Mit der Einführung der Grundrente treiben wir eine große Sozialreform voran, die auch dazu beitragen soll, das Vertrauen in das gesetzliche Rentensystem wieder zu stärken. Die SPD-Fraktion wird auf eine zügige Beratung des Gesetzesvor-

habens im Deutschen Bundestag drängen, damit die Grundrente wie geplant zum 1. Januar 2021 in Kraft treten kann.

MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR PFLEGENDE

Drei von vier Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Ihre Angehörigen leisten Herausragendes. Um pflegende Angehörige während der Corona-Pandemie zu unterstützen, haben wir Sozialdemokrat*innen wichtige Verbesserungen bereits bestehender Instrumente erreicht:

So kann Pflegeunterstützungsgeld für bis zu zwanzig Arbeitstage pro Pflegebedürftigen in Anspruch genommen werden. Für die Ankündigung von Pflegezeit und Familienpflegezeit wird eine einheitliche Ankündigungsfrist von zehn Arbeitstagen gelten. Wird oder wurde eine Freistellung in der Vergangenheit für einen kürzeren Zeitraum in Anspruch genommen, kann der verbleibende Zeitraum auch zu einem späteren Zeitpunkt genommen werden.

Bei der Familienpflegezeit wird außerdem ein vorübergehendes Unterschreiten der wöchentlichen Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden ermöglicht.

Bei Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1 kann der Ent-

SPD
Fraktion im Bundestag

Klatschen ist nett.
Bis zu 1.500 Euro Pflegebonus sind besser.

Grafik: shutterstock.com/ Valenty

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020



Foto: pixaba

lastungsbetrag von 125 Euro monatlich flexibler eingesetzt werden.

Sonderleistung für die Altenpflege

Wertschätzung darf sich nicht nur in warmen Worten, Balkonreden und Klatschen ausdrücken, sondern muss auch bedeuten: mehr Geld auf dem Bankkonto am Ende des Monats. Für all diejenigen, die gerade jetzt in der Altenpflege Enormes leisten, gibt es deshalb bis zu 1.500 Euro Pflegebonus. Der Bund übernimmt dabei bis zu 1.000 Euro, die Länder oder Arbeitgeber können aufstocken.

Aber der Pflegebonus ist eine Einmalzahlung. Und deshalb wollen und kämpfen wir für mehr:

1. Mehr Personal pro pflegebedürftigen Menschen!
2. Mehr Gehalt durch Tarifvertrag!
3. Mehr Zeit für die Menschen, weniger Bürokratie!

Mehr Infos gibt es [hier](#) auf der Seite der SPD-Fraktion.

100 MILLIONEN EURO FÜR STUDIERENDE

Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass auch Studierende unterstützt werden, die wegen der Corona-Krise in eine finanzielle Notlage geraten, weil sie ihren Nebenjob ver-

lieren, aber keinen Anspruch auf BAföG haben. Um sie mit direkten Zuschüssen zu unterstützen, stellt der Bund 100 Mio. Euro für die Nothilfefonds der Studierendenwerke zur Verfügung. So können sie in akuten Notlagen schnell und unbürokratisch helfen. Olaf Scholz hat außerdem dafür gesorgt, dass die Studienkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zinslos gestellt werden.

ELTERNGELD

Wir machen das Elterngeld krisenfest: Mit dem Gesetz, das der Bundestag Anfang Mai beschlossen hat, stellen wir sicher, dass Eltern durch die Corona-Pandemie keine Nachteile beim Elterngeld haben.

Wer in systemrelevanten Berufen arbeitet und jetzt entgegen der ursprünglichen Planung dringend im Job gebraucht wird, dem gehen keine Elterngeldmonate verloren. Eltern, die parallel in Teilzeit arbeiten und sich die Kindererziehung teilen, sollen den sogenannten „Partnerschaftsbonus“ nicht verlieren, wenn sich in der Corona-Krise das Arbeitsaufkommen verändert.

Wenn durch die Corona-Krise weniger Einkommen da ist - zum Beispiel durch Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosengeld I -, bleibt die Höhe des Elterngelds davon unbeeinträchtigt.

Foto: pixabay

Wir machen das Elterngeld krisenfest!



SPD

Fraktion im Bundestag

GRAFIK: SHUTTERSTOCK.COM/SUDOWOODO

Pflegetelefon

030 20 179 131

Mo – Do 09:00 – 18:00 Uhr

Bundesweit

Anonym

Für pflegende Angehörige

bmsfj.de



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020



Foto: pixaba

HAPPY BIRTHDAY GRUNDGESETZ!

Am 23. Mai 1949 erschien ein echtes Meisterwerk: Unser Grundgesetz - Sinnbild unserer Demokratie und Bollwerk unserer Grundrechte. Seine Essenz findet sich bereits im ersten Artikel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Lasst uns diese großartige Verfassung gegen alle Feinde verteidigen!

MEINUNGSFREIHEIT IN CORONA-ZEITEN

Das Corona-Virus bedeutet für die meisten von uns gravierende Einschränkungen. Darüber zu diskutieren, darüber zu streiten - gerne auch laut und kontrovers -, welche Maßnahmen notwendig und angemessen sind, ist wichtig. Es ist das Wesen unserer Demokratie.

Aber: Man sollte sich immer auch sehr genau anschauen, an wessen Seite man seine Forderungen vorträgt. Wenn Rechtsextreme Demonstrationen organisieren und damit von Anfang an nichts anderes im Sinn haben, als die Gesellschaft zu spalten, sollte man sich dafür nicht instrumentalisieren lassen. Wer mit einem nach-

›Wenn **radikale Extremisten und Antisemiten** Demonstrationen benutzen, um zu hetzen und zu spalten, dann sollte jeder **deutlich mehr als nur eineinhalb Meter Abstand** halten.«

– Heiko Maas

SPD
Fraktion im Bundestag

FOTO: PICTURE ALLIANCE/BERND VON JUTRCZENKA/DPA

gebildeten Judenstern auf einem Marktplatz steht, relativiert den Holocaust - und hat auch keine andere Botschaft. Heiko Maas hat recht.

Di, 02.06.20, 18-19 Uhr



RECHT AUF HOMEOFFICE

Information und Diskussion live auf Facebook mit



MdB

Dr. Jens Zimmermann

Odenwaldkreis

Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



MdB

Bernd Rützel

Main-Spessart/Miltenberg

Ausschuss für Arbeit & Soziales

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020



rührt. Monate mit pandemiebedingten Einkommenseinbußen werden dafür nicht berücksichtigt.

Corona - und was die Politik tut:
tagesaktuell auf
www.spdfraktion.de

VERANSTALTER STÜTZEN, VERBRAUCHER SCHÜTZEN

Viele Veranstaltungen müssen gerade abgesagt werden. Schwimmbäder, Vergnügungsparks und andere Freizeiteinrichtungen können erst nach und nach wieder öffnen. Um Verbraucher*innen zu schützen und zugleich eine Insolvenzelle bei Veranstaltern und Betreibern von Freizeiteinrichtungen zu verhindern, wird das Veranstaltungsvertragsrecht geändert.

Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat der Bundestag beschlossen. Wenn eine Veranstaltung aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnte oder kann, ist der Veranstalter demnach berechtigt, der Inhaberin oder dem Inhaber einer Eintrittskarte statt der Erstattung einen Gutschein in Höhe des Eintrittspreises auszustellen. Dieser Wertgutschein kann dann entweder für die Nachholveranstaltung oder für eine andere Veranstaltung des Veranstalters eingelöst werden. Das gilt auch für Freizeiteinrichtungen.

Inhaber eines solchen Gutscheins können jedoch die Auszahlung des Gutscheinwertes verlangen, wenn die Annahme eines Gutscheins aufgrund der persönlichen Lebensverhältnisse unzumutbar ist oder wenn der Gutschein nicht bis Ende 2021 eingelöst wird. Durch die Regelungen soll ein fairer Interessenausgleich erreicht werden zwischen der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie den Verbraucher*innen.

SPD-FRAKTION FORDERT HILFEN FÜR KUNST, KULTUR UND MEDIEN

Kunst und Kultur sind wesentlich für unsere Gesellschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass Strukturen möglicherweise unwiederbringlich verloren gehen und Künstler*innen, Kreative und Kulturschaffende ihre so wichtige Tätigkeit nach der Krise nicht fortsetzen können. Die SPD-Fraktion will deshalb nachhaltige Lösungen rund um die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden und Soforthilfen für den kurzfristigen Bedarf. Unsere Vorschläge ergänzen die Hilfen, die bereits auf den Weg gebracht wurden.

Wir wollen soziale Unterstützung für Kulturschaffende mit befristeten Arbeitsverträgen und für freiberuflich Wirkenden. Denn freiberufliche Tätigkeit und kurze abhängige Beschäftigung wechseln sich in Kunst und Kultur oft ab. Um das Fortbestehen von Kultureinrichtungen zu sichern, setzen wir uns unter anderem für eine

Auch wenn die Kulturbranche selbst aktiv und kreativ ist, um die Krise zu überstehen (wie hier die Posthalle in Würzburg meines Parteifreundes Jojo Schulz) - ohne Hilfen des Staates wird es nicht gehen.

POHA
 POSTHALLE WÜRZBURG

Facebook

S.O.S. POSTHALLE

CROWDFUNDING-AKTION
startnext.com/sos-posthalle



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020

Foto: Bernd Rützel

8. Mai: Tag der Befreiung



Nie wieder!

Vor 75 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Es war der Tag der Befreiung von Terrorherrschaft, Völkermord und dem Grauen des Krieges. Wir gedenken der Opfer des Nationalsozialismus. Der Jahrestag mahnt uns, entschieden für Frieden und ein geeintes Europa einzutreten. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

GELD AUS DEM DENKMALSCHUTZ-PROGRAMM DES BUNDES

Ich freue mich, dass sich mein Einsatz für die Synagoge Laudенbach und die Kirche St. Johannis in Würzburg gelohnt hat: 250.000 Euro für die Synagoge Laudенbach (Karlstadt) und 400.000 Euro für die Kirche St. Johannis in Würzburg gibt es aus dem Denkmalschutz-Programm des Bundes. Für beide Maßnahmen ist das die dringend benötigte starke Finanzbasis, auf der man jetzt aufbauen kann. Zusammen mit den zahlreichen Spenden vor Ort kann es nun losgehen. Außerdem stellt der Bund aus diesem Programm 150.000 Euro für die Burgruine Homburg bei Gösenheim und 250.000 Euro für die Mildenburg in Miltenberg zur Verfügung.

INTERVIEW MIT DEM MAIN-ECHO

Im Interview mit dem Main-Echo habe ich Anfang Mai deutlich gemacht, weshalb es in der Corona-Krise gut ist, dass die SPD in der Regierung ist: Die Impulse für die umfassenden finanziellen Hilfen für Firmen, Selbstständige, Künstler, Eltern etc. oder auch das Kurzarbeitergeld kommen aus SPD-geführten Ministerien. Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil machen einen klasse Job. Ihre Arbeit begleite ich intensiv als Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales und als Berichterstatter der SPD-Fraktion für das Kurzarbeitergeld.

Ich habe aber auch ganz konkrete Erwartungen an die Unternehmen, die den Staat jetzt um Hilfe bitten: Staatshilfen und Dividenden bzw. exorbitante Managergehälter schließen sich meiner Meinung nach aus! Das ganze Interview gibt es [auf der Seite des Main-Echo](#) (hinter der Bezahlschranke, denn guter Journalismus kostet Geld).

KREISTAGE UND KOMMUNALPARLAMENTE ARBEITEN WIEDER

Anfang Mai konstituierten sich die neu gewählten Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte. Besonders freut mich, dass Main-Spessart eine neue stellvertretende Landrätin hat: Pamela Nembach. Sie ist künftig die zweite Vertreterin der Landrätin und wird somit im Landkreis eine hervorgehobene Rolle einnehmen. Nach 18 Jahren ist Harald Schneider nicht mehr Landrats-Stellvertreter, er hat der Verjüngung in der SPD-Spitze den Weg bereitet. Vielen Dank für Dein Engagement!

Monika Wolf-Pleißmann wird als dritte Stellvertreterin des Landrats weiterhin die Geschicke des Landkreises Miltenberg mitbestimmen! Herzlichen Glückwunsch!

Allen neuen und wieder gewählten Mandatsträger*innen auf diesem Weg die herzlichsten Glückwünsche und alles Gute für Euer wichtiges kommunales Amt! Wo ich Euch unterstützen kann, tue ich das!

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020

Foto: Bernd Rützel

MUND-NASEN-MASKEN AUS GEMÜNDEN: HYGIENISCH UND NACHHALTIG

Erst seit einigen Wochen prägt sie das Erscheinungsbild im öffentlichen Raum, gehört aber mittlerweile zu unserem alltäglichen Begleiter: die Mund-Nasen-Maske. Eine Alternative zu den genähten Masken haben Simon Gerlach und Thomas Niemann entwickelt. Ihre Mund-Nasen-Maske besteht aus anschiessamem, lebensmittelechtem und hautverträglichem Kunststoff. In den Produktionsräumen des Gemündener Kleinunternehmens „Allinplastics“ machte ich mir ein Bild davon.



Foto: Büro Rützel

„Sie ist spülmaschinenfest und benötigt nur einen Bruchteil an Filtermaterial, wie es beispielsweise bei genähten Masken der Fall ist“, erklärte Geschäftsführer Gerlach. In der Maske ist ein Platzhalter eingearbeitet (Gitter), in den man jegliches Filtermaterial einsetzen kann, das gerade zur Verfügung steht: z.B. Baumwollvliese, Filtervliese, Küchenpapier oder Abschminkpads.

Das Filtermaterial wird von einem Deckel gehalten, der abnehmbar, ebenfalls spülmaschinenfest und in verschiedenen Optiken erhältlich ist. Eine richtig gute Idee, finde ich, denn die Masken sind nachhaltig, hygienisch und 100% Made in Germany. Im Vorfeld hatte ich mit einigen Tipps und Kontakten zu Produkt- und Lieferanforderungen, rechtlichen Fragen und erforderlichen Zertifizierungen die beiden Unternehmer unterstützt.

Neben Allinplastics und Niemann Formenbau ist noch die Firma Baselines aus Obersinn im Boot, die die Filterpads beisteuert. Die komplette Wertschöpfungskette ist damit im Raum Gemünden/Sinngrund ansässig, was ich einfach klasse finde. Viele weitere Infos finden sich auf der [Homepage der Firma](#).

BAHNHOF RIENECK WEITER IM FOKUS

Kürzlich habe ich mich mit den neuen Rienecker Bürgermeister Sven Nickel zum Gespräch am Bahnhof Rieneck getroffen. Wir haben uns über den aktuellen Stand der



Foto: Andreas Michel

Gespräche des Runden Tisches „Sanierung Bahnstrecke Gemünden-Flieden“ ausgetauscht und die weitere Entwicklung des Rienecker Bahnhofes und seines Umfeldes diskutiert.

Gemeinsam haben wir Optionen für die Anbindung des Bahnsteiges an den vorhandenen Radweg sowie die Errichtung von Fahrradständern ausgelotet. Ich bin hierzu seit langem im Gespräch mit den Verantwortlichen bei der Bahn. Lösungen zeichnen sich inzwischen ab, was mich sehr freut.

Immer aktuell informiert:

www.bernd-ruetzel.de

www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

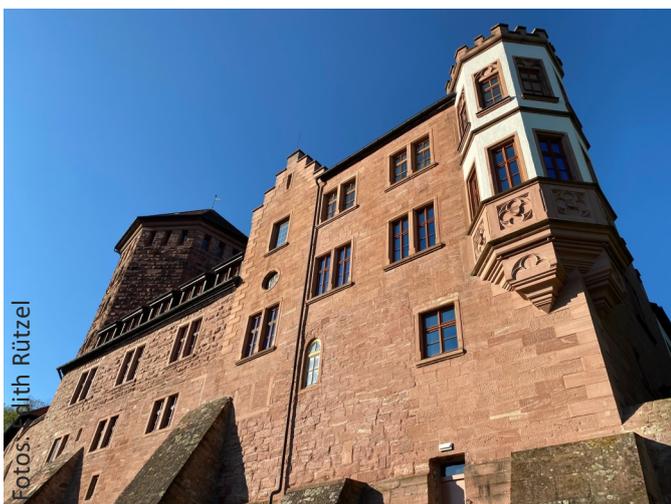
06 | 2020

Foto: Bernd Rützel

HOFFNUNG FÜR BURG RIENECK

Ich bin im Schatten der Burg Rieneck aufgewachsen, fühle mich daher der Burg und ihrer Jugendherberge besonders verbunden. Seit einem Bericht über Corona-bedingte Probleme der Jugendherberge Burg Rieneck stehe ich in ständigem Kontakt mit Pit Kallmeyer, dem dortigen Leiter. Erste Erfolge gemeinsamer Anstrengungen geben Anlass zu verhaltenem Optimismus.

Mit Pit Kallmeyer war ich gleich einig, dass wir zunächst Sicherheit für die Beschäftigten schaffen mussten. Das ist mit den Corona-Regelungen zum Kurzarbeitergeld (KuG) gelungen. Die Evangelische Kirche, zu deren Netzwerk „Himmliche Herbergen“ auch die Burg Rieneck zählt, stockt das KuG auf 80 % auf. Allerdings müssen das denkmalgeschützte Haus und die Außenanlagen



Fotos: Bernd Rützel

auch ohne Belegung mit Gästen unterhalten werden, so Kallmeyer. Hoffnung setzt er auf eine Zusage der bayerischen Staatsregierung von Ende April, Jugendherbergen bis zum 31.07.2020 für 60 % der ausfallenden Einnahmen zu entschädigen. Diese Ankündigung wurde bislang aber nicht umgesetzt.

Nun ist Hilfe vom Bund in Aussicht. Die Situation der gemeinnützigen Einrichtungen steht im Mittelpunkt eines weiteren Hilfspaketes, über das die Beratungen bereits begonnen haben. Ich habe im Tourismusausschuss des Bundestages und in vielen Gesprächen immer wieder auf die Situation der Jugendherbergen und deren einmaliges, unbedingt zu erhaltendes Angebot, hingewiesen. Nun gibt es Bewegung! Dennoch: Auch der Freistaat muss seine Zusagen einhalten. Es kann nicht sein, dass Versprechungen gemacht werden, für deren Einlösung der Bund einspringt.

In Bayern sollen die Jugendherbergen zu Pfingsten wieder öffnen dürfen. Kallmeyer sieht das mit einem lachenden und einem weinenden Auge: „Wir können die Burg nur mit der Hälfte der üblichen Gästezahl belegen, haben aber durch all die Auflagen zum Gesundheitsschutz einen deutlich höheren Personaleinsatz als sonst. Man muss nicht Betriebswirtschaft studiert haben, um zu erkennen, wohin das mittelfristig führt. – Wir brauchen bald wieder die Rückkehr zu normalen Verhältnissen, um aus eigener Kraft unsere Burg Rieneck als Jugendeinrichtung erhalten zu können.“

„SCHIKANE“ BEI ZALANDO

Nach [Business-Insider-Recherchen](#) verwendet Zalando in seinen Logistikzentren eine umstrittene Software, um Leistungsdaten von Mitarbeiter*innen zu erfassen.

Ich habe für die SPD-Fraktion gegenüber der Presse klar Stellung bezogen: „Hier zeigt sich, dass es schwarze Schafe gibt, die Software vorsätzlich dafür einsetzen, Mitarbeiter*innen gegeneinander in Stellung zu bringen. Der Einsatz solcher Systeme in Unternehmen darf keine moderne Peitsche sein.“

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020

Martina Fehlner



Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

„RETTUNGSSCHIRM“ FÜR HOTELLERIE UND GASTRONOMIE

Liebe Leserinnen und Leser,

Geschäfte und Einkaufszentren, Bibliotheken und Tierparks, Fußpflegestudios und Friseure – sie alle konnten ihre Türen wieder öffnen. Endlich kehrt nach langen Wochen wieder das Leben in die Innenstädte zurück. Ersehnte Besuche von Angehörigen im Pflegeheim oder Krankenhaus sind wieder möglich, Schüler kehren in die Klassenzimmer zurück und Sportler freuen sich auf eine Tennispartie, einen Ruder- oder Reitausflug.

Die stufenweisen Lockerungen spüren wir im Alltag deutlich. Es sind richtige und wichtige Schritte auf einem langen Weg zurück zur Normalität. Die Mehrheit der Bürger*innen steht hinter dem eingeschlagenen Exit-Kurs, anderen ist die Gangart noch zu langsam, anderen viel zu schnell.

Bei allem gilt es stets zu bedenken: Die Corona-Krise ist längst noch nicht ausgestanden. So können die aktuellen Lockerungsmaßnahmen lediglich ein vorsichtiges Vorantasten auf unsicherem Boden sein. Jederzeit müssen wir in der Lage sein, die Notbremse zu ziehen, um eine zweite Welle zu verhindern. So schwer es ist: Von allen ist auch weiterhin viel Disziplin gefragt. Wir müssen Abstand halten und trotzdem zusammenstehen.

In den vergangenen Wochen war ich viel unterwegs. Ich habe Menschen verschiedener Branchen getroffen, die wirtschaftlich nach wie vor stark unter der aktuellen Krise leiden: etwa die Reisebüros, die Pflegekräfte, Brauereien, die Schausteller, die Gastronomen und Hoteliers, die Spediteure, die Kunst- und Kulturschaffen-

den und zahlreiche andere. Ihnen finanziell über diese schwierige Zeit hinweg zu helfen, ist Aufgabe des Staates. Es darf nicht sein, dass die Corona-Krise nun eine Insolvenzwelle auslöst, zahllose Existenzen vernichtet.



Als tourismuspolitische Sprecherin fordere ich gemeinsam mit meinen Kolleg*innen der SPD-Fraktion daher weiter einen bayerischen Rettungsschirm für die Branche. Wichtig ist uns hierbei, dass es sich um nicht rückzahlbare Hilfen handelt. Denn für viele Betriebe ist der finanzielle Spielraum ohnehin gering.

Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 7 Prozent für die Gastronomie haben wir erfolgreich gefordert. Wir sind überzeugt, dass dies eine gute Möglichkeit ist, um der Gastronomie bessere Überlebenschancen für die Zeit nach der Krise zu eröffnen. Wichtig ist allerdings, dass die Maßnahme nach Ablauf der Befristung evaluiert, und wenn nötig, verlängert wird.

Für einen Weg der Vernunft, der mit Bedacht und Verstand aus der Krise führt, für einen starken Staat, der niemanden im Stich lässt, dafür setze ich mich im Landtag ein. Und für jeden an seinem Heimatort sollte es ein wichtiges Anliegen sein, hinzuschauen und darauf zu achten, wo und wie der eine dem anderen helfen kann. Das verbindet und stärkt unsere Gesellschaft.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

buergerbuero@martina-fehlnr.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

06 | 2020

Volkmar Halbleib



Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

KOMMUNEN UND UNTERE EINKOMMEN UNTERSTÜTZEN UND DIE KONJUNKTUR SOZIAL AUSGEWOGEN ANKURBELN

Liebe Leser*innen,

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat im Landtag seine Pläne für ein Konjunkturprogramm gegen die Folgen der Corona-Pandemie vorgestellt. Die Idee, in Technologien und Infrastruktur zu investieren, ist gut, die geplante Umsetzung nicht. Dass er ernsthaft Steuer-senkungen erwägt, ist geradezu absurd, hat doch Finanzminister Albert Füracker eben erst vorgerechnet, dass dem Freistaat durch die Corona-Krise bis 2022 Steuerverluste von mehr als 10 Milliarden Euro drohen.

Wichtig ist aus unserer Sicht deshalb, das Konjunkturpaket sozial auszugestalten und insbesondere Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen finanziell zu unterstützen. Ein erster, schnell umsetzbarer Schritt wäre, die geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlags für über 90 Prozent der Steuerpflichtigen auf Mitte 2020 vorzuziehen. Außerdem fordern wir einen Corona-Zuschlag bei der Grundsicherung in Höhe von 100 Euro pro Monat sowie eine Ökoprämie für den Kauf neuer Elektrogeräte. Ein Vorschlag, mit dem sich wirtschaftlicher Aufschwung, Ökologie und Innovation und soziale Gerechtigkeit verbinden lassen.

Auch Bayerns Städte und Gemeinden müssen künftig wohl Steuerausfälle in dreistelliger Millionenhöhe verkraften. Völlig unverständlich ist daher Fürackers Blockadehaltung gegen das Angebot eines milliarden-schweren kommunalen Rettungsfonds des Bundes.

Anstatt bundesweit an einem Strang zu ziehen und sich solidarisch zu zeigen mit Kommunen in anderen Bundesländern, lässt man lieber eigene Kommunen ins offene Messer rennen – anders lässt sich nicht erklären, dass die Regierungsparteien den SPD-Antrag im Bayerischen Landtag für einen kommunalen Rettungsschirm rigoros ablehnten. In einer Pandemie und Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes den Klassenprimus spielen zu wollen, geht wohl völlig an der Realität vorbei – mit fatalen Folgen.



Nicht nur Privathaushalte und Kommunen, vor allem auch Kunstschaffende und Kulturveranstalter leider unter den Folgen der Corona-Pandemie. Auch hier setze ich mich für Verbesserungen und Nachbesserung ein, wie hier beim Interview mit dem regionalen Fernsehsender über mein Engagement für den Erhalt der Posthalle in Würzburg, deren Bestand bedroht ist.

Ändert die Staatsregierung ihre Haltung nicht, wird in den bayerischen Städten und Kommunen bald das große Streichkonzert beginnen: Zuschüsse für Kultur- und Sportvereine oder ehrenamtliches Engagement werden gekürzt, notwendige Sanierungen bei der Infrastruktur auf die lange Bank geschoben und Büchereien, Schwimmbäder und Theater werden zunehmend auf der Kippe stehen. Dagegen kämpfen wir im Landtag weiter, gemeinsam mit der SPD im Bund, für finanzielle sowie Planungssicherheit für alle Kommunen.

Bleiben Sie gesund!

Ihr Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030

buergerbuero-halbleib@t-online.de